Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 45 (1951)

Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : Imperialistendämmerung ; Krankes Frankreich ; Rückschritt auf der ganzen Linie ; Gegenmittel? ; Reformversuche ; Vierte Kraft? ; Vom Kampfwillen der Arbeiterschaft ; Und die Christen? ; Internationaler Ausblick ; Die deutsche Drohung

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139533

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Einzelnen für die Gemeinschaft erzogene größere oder kleinere Gruppe von Menschen wird dazu berufen sein, als ausführende Organe einer von Idealismus und praktischem Sinn gleichzeitig bestimmten Bereitschaft bei der Heilung des größten Übels der Zeit ein bestimmendes Wort mitzureden.

Karl Loewy.

WELTRUNDSCHAU

Imperialistendämmerung Noch immer herrscht keine Waffenruhe in *Korea* — von Frieden gar nicht zu reden. Ob die Nordkoreaner und Chinesen die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten wirklich wollen oder nur auf eine Atempause bedacht sind, um den Krieg mit verstärkten Kräften wiederaufzunehmen, ist noch immer gänzlich unklar; sollten sie tatsächlich entschlossen sein, weitere Hunderttausende von Menschenleben zu opfern, um die Einigung Koreas auf dem Boden der sozialen Revolution zu erzwingen, so würden sie sich mit neuer, schwerer Schuld belasten. Die Amerikaner aber und ihre Mitläufer verüben einen eigentlichen Frevel, einen ungeheuren, weltgeschichtlichen Frevel, indem sie seit mehr als einem Jahr der tausendfach berechtigten und notwendigen sozialen Revolution, die, wie ganz Asien, so auch Korea erfaßt hat, die bewaffnete Gegenrevolution entgegenwerfen, im Namen der Freiheit das unglückliche Land aufs grauenhafteste verwüsten und seine Bewohner mit ihrer gottlosen Technik kalt berechnend in Massen abschlachten. Dabei ist es die handgreiflichste Wahrheit, daß das Zeitalter des kapitalistischen Imperialismus unaufhaltsam zu Ende geht, einerlei ob es sich nun um den klassischen, meistens in liberalem Gewand auftretenden Imperialismus der Briten, Franzosen und Holländer, um den totalitären Imperialismus der Deutschen, Italiener und Japaner oder um den Spätimperialismus der Amerikaner handelt, der unter formaler Wahrung der Selbständigkeit der unterworfenen oder zu unterwerfenden Völker die wirtschaftliche wie politische Oberherrschaft der herrschenden Klasse der Vereinigten Staaten über die ganze Welt erstrebt, neuestens mit Hilfe der Vereinten Nationen, die mehr und mehr zum ausführenden Organ der amerikanischen Großmachtpolitik geworden sind.[1] Dieser Wahrheit haben die

[1] Einen neuen Beleg für diese Behauptung hat — wider Willen — der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, John Hickerson, erbracht, als er am 5. Juni dieses Jahres in einer geschlossenen Sitzung des Unterausschusses der Finanzkommision des Senats feststellte, daß schon längst vor Ausbruch des Koreakrieges das Außenministerium eine «Rahmenresolution» vorbereitet habe, die den Vereinten Nationen vorgelegt werden sollte, falls es nötig würde, für eine schon vorher, aus eigener Machtvollkommenheit, vollzogene militärische Intervention Amerikas nachträglich die Zustimmung der UNO zu erwirken. Ein mir sonst unbekanntes Blatt,

Holländer bereits ihren Zoll entrichten müssen; die Franzosen werden es auch tun müssen, die Engländer sind — in Persien und Ägypten — eben daran, neue, bittere Niederlagen von seiten der «rückständigen», aber erwachenden Völker Asiens und Afrikas einzustecken, und auch den Imperialisten der USA wird es nicht erspart bleiben, ihren Traum von dem «amerikanischen Jahrhundert» zu begraben, dessen Anbruch sie mit Napalmbomben und Atomwaffen befördern zu können wähnen.

Ob Großbritannien seine Machtstellungen am *Suezkanal* und im *Sudan* endgültig wird räumen müssen, steht im Augenblick noch dahin; die Wahrscheinlichkeit spricht immerhin dafür, daß sich Ägypten auch auf die ihm angebotene Eingliederung in ein mittelöstliches «Sicherheitssystem», mit Beteiligung Amerikas, Englands, Frankreichs, der Türkei und anderer Staaten, nicht einlassen, sondern seine volle Unabhängigkeit und Souveränität durchzusetzen suchen wird. Um so eindeutiger ist die Austreibung Englands aus *Persien*. Sie ist mit der erzwungenen Zurückholung der britischen Öltechniker aus Abadan und dem Übergang des ganzen riesigen Betriebes der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft an Persien vollendete Tatsache geworden. Und wir können von Glück sagen, daß es eine Labourregierung war, die, wie in Indien und Burma, so auch im Falle Persiens das letzte Wort hatte — ein Wort des Friedens und der Vernunft, das Großbritannien nur zum Heil ausschlagen kann. Es hätte freilich nicht zu der Demütigung des britischen Stolzes kommen müssen, die mit der Vertreibung der Anglo-Iranier aus dem persischen Ölparadies verbunden war; aber nachdem die Labourregierung, aus Furcht, wieder des Verrats von Reichsinteressen geziehen zu werden, es versäumt hatte, rechtzeitig die entscheidenden Zugeständnisse an Persien zu machen, die gerettet hätten, was noch zu retten war, blieb den Regierenden in Teheran nichts anderes mehr übrig, als die persischen Souveränitätsrechte bis zum letzten durchzuzwängen, wollten sie nicht ihrerseits als Verräter nicht nur beschimpft, sondern einfach «liquidiert» werden. Vor diese Lage gestellt, zog Attlee die diplomatische Niederlage, verschleiert durch die Anrufung des Sicherheitsrates, einer militärischen Machtprobe vor, wie sie vielleicht Churchill ins Werk gesetzt hätte. Und er hat damit der Sache des Friedens, wenngleich unter dem Zwang der Umstände, einen wertvollen Dienst geleistet. Es ist so, wie der «New Statesman» (6. Oktober) schreibt:

«Soll die Welt Aussicht haben, zu Freiheit und Frieden fortzuschreiten, so kann das nur durch die Anerkennung der Wahrheit geschehen, daß Handelsunternehmungen in zurückgebliebenen Ländern nicht mehr durch Kanonen gestützt werden dürfen.

«The Iowa Union Farmer» (14. September 1951), das mir aus Amerika freundlicherweise zugeschickt wird, bemerkt dazu unter anderem: «Hickersons verheerendes Geständnis ist eine Bloßstellung der plumpen Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen als Deckmantel für eine Politik benützen, die bereits von Amerika festgelegt worden ist ... Sind die Vereinten Nationen nichts anderes als eine Schaufensterdekoration für den US-Imperialismus geworden? Geständnisse wie dasjenige Hickersons tragen wenig dazu bei, Vertrauen in die Vereinten Nationen als unabhängige Organisation zu erwecken.»

Die Herrschaft des Rechtes bedeutet das Ende des Sterling-Imperialismus (wie des Dollar-Imperialismus! H. K.); und Großbritannien nahm diese Lehre als bindend an, indem es die Satzung der Vereinten Nationen unterschrieb.»

Krankes Frankreich Wenden wir uns aber für einmal von diesen asiatisch-afrikanischen Fragen ab und den uns näher liegenden europäischen Nöten zu, indem wir unsern *französischen* Nachbarn diejenige Aufmerksamkeit widmen, die ihr kritischer, ja kranker Zustand längst verdient hätte. Frankreich hat seit zwei Monaten die am weitesten rechts stehende Regierung von all den vielen Kabinetten, die es seit Kriegsende gehabt hat. M. Pleven hat nicht weniger als 35 Minister um sich geschart: 13 Radikale (Rechtsfreisinnige), 12 Konservative (er selber ist der dreizehnte) und 10 Volksrepublikaner. Das Schwergewicht liegt bei den Radikalen, die, einstmals die Partei des kämpferischen, fortschrittlichen Bürgertums jakobinischer Tradition, heute zu Schildhaltern der sozialen Reaktion und Sachwaltern eigennütziger Geldinteressen geworden sind. Die Sozialisten, die selbst «nicht in dem Ding sein wollen», möchten am liebsten die Regierung Pleven unverbindlich unterstützen, um ein Abgleiten des politischen Kurses nach ganz rechts zu verhindern und doch nicht systematische Opposition im Bunde mit den Kommunisten machen zu müssen. Die Kämpfe um die Subventionierung der katholischen Schulen haben aber nicht nur die Sozialisten in weit schärferen Gegensatz zu Pleven gebracht, als ihnen selbst lieb war, sondern, als Folge des noch einmal aufgeflammten Antiklerikalismus der Radikalen, die Regierungskoalition tatsächlich gesprengt und die Nationalversammlung arbeitsunfähig gemacht, so daß noch nicht abzusehen ist, wie beim Wiederzusammentritt des Parlaments im November die bisherige Regierung überhaupt weiterbestehen soll. Auch die Teilerneuerung der Generalräte — der versteinerten «Volksvertretungen» der Departemente — hat keine Klärung gebracht; der Ruck nach rechts, der in den meisten Departementen eingetreten ist, war ja nur dank einem Wahlsystem möglich, dem jede Vernunft und Gerechtigkeit fehlt und das dennoch nicht verhindern konnte, daß die Kommunisten rund einen Viertel aller Stimmen auf sich vereinigten — dies obschon im Seine-Departement (mit Paris und Umgebung) diesmal gar nicht gewählt wurde und unter den 40 Prozent Wahlabstinenten sicher auch zahlreiche Arbeiter waren, die sonst kommunistisch stimmen, aber der Zusammensetzung der Generalräte keine wirkliche Bedeutung zumaßen.

Wohin soll also Frankreichs Weg künftig gehen? Wohin *kann* er gehen? Versuchen wir darauf eine Antwort zu finden, indem wir in ganz großen Umrissen die sozial- und wirtschaftspolitische Entwicklung Frankreichs seit Kriegsende nachzeichnen.

Wer unmittelbar nach der Befreiung in Frankreich weilte, der erinnert sich sehr deutlich des mächtigen geistigen und politischen Auf-

schwungs, den das Volk damals zu nehmen schien. Große Pläne wurden gewälzt; die Hoffnung auf einen radikalen Umbau des ganzen gesellschaftlichen Gefüges erfüllte die Herzen; Frankreich stand — so konnte man meinen — an der Schwelle eines revolutionären und zugleich freiheitlichen Sozialismus. Je länger man aber zusah, desto gründlicher veränderte sich das Bild. Die alten sozialen und politischen Mächte gewannen von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr wieder an Boden, und heute hat man den Eindruck, Frankreich stehe nicht an der Schwelle einer realen, einer sozialistischen Demokratie, sondern an der Schwelle irgendeines Diktaturregimes, sei es nun konservativ-klerikaler oder revolutionär-kommunistischer Art. Drei Hauptursachen wirkten zusammen, um diese unglückliche Wendung herbeizuführen.

Einmal die heillose Zerrissenheit der Arbeiterklasse, der stärksten revolutionären Kraft, über die Frankreich potentiell verfügt. Der Bruch der Linkskoalition im Mai 1947, mit der Entfernung der Kommunistischen Partei aus der Regierung, und die nachfolgende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in einen revolutionären, aber gewaltgläubigen, und einen demokratischen, aber lahm-reformistischen Flügel haben die Schwungkraft der Arbeiterklasse gebrochen.

Gleichzeitig erholte sich das besitzende und konservative Bürgertum von der Lähmung, die es im Gefolge der Widerstandsbewegung und des Sturzes der Kollaborationsregierung von Vichy befallen hatte. Die selbstsüchtigen Klasseninteressen der «zweihundert Familien», die Frankreich beherrscht hatten, machten sich aufs neue scham- und rücksichtslos geltend. Dies um so mehr, als das wirtschaftliche und soziale Gefüge Frankreichs außerordentlich stark durch das Vorhandensein eines reaktionären Kleinbürgertums bestimmt ist, das sich je und je als Schutzgarde hinter die großen kapitalistischen Trust- und Finanzinteressen gestellt hat. Es sind dies die Inhaber jener zahllosen Klein- und Mittelbetriebe, von denen Professor Georges Lasserre im «Christianisme social» (Mai/Juni 1951) sagt, sie seien «mittelmäßig in jeder Hinsicht, schlecht ausgestattet, infolge ihrer Kleinheit Hindernisse der Modernisierung, Hindernisse aber auch für den sozialen Fortschritt infolge ihres Geistes, der enger ist als derjenige der Großgeschäfte, Hindernisse für eine Gesundung der Staatsfinanzen infolge ihrer Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung und Hindernisse für ein gesundes Erfassen der Allgemeininteressen, weil es in Frankreich zuviel Betriebsinhaber, also Personen gibt, die profitmäßig denken und darum kaum mehr imstande sind, wirklich gemeinnützig zu denken».

Und schließlich hat — vielleicht als entscheidende Kraft — das Eingreifen Amerikas zugunsten der Wiederherstellung des alten wirtschaftlichen und sozialen Regimes mächtig dazu beigetragen, die Hoffnungen zunichte zu machen, die sich an die anscheinende Erneuerung des französischen Volkslebens bei Kriegsende knüpften. Ohne die-

ses Eingreifen — das kann man getrost behaupten — hätte Frankreich ein Regime bekommen, das an Radikalität dem britischen Labourregime zum mindesten nicht nachgestanden wäre.

Rückschritt auf der ganzen Linie Tatsache ist jedenfalls, daß Frankreich sozusagen überall, wo es nach vorwärts drängte, wieder auf seinen alten, jammervoll erstarrten Sozialzustand zurückgefallen ist. Von einer durchgreifenden Modernisierung und Verbesserung des Wirtschaftsapparates ist keine Rede. Die Ansätze zu einer sozial ausgerichteten Planwirtschaft (Monnetplan!) wurden systematisch zerstört. Ein neuer Wirtschaftsliberalismus wurde auf den Thron gesetzt, obschon die ganze Natur des Nachkriegskapitalismus ebenso wie die besonderen Störungen, die das Wirtschaftsleben Frankreichs erlitten hatte, ein erfolgreiches Funktionieren des klassischen «Automatismus» — der Selbstregulierung — der wirtschaftlichen Kräfte ausschließt und das Ergebnis somit nur die Bereicherung einer kleinen Schicht von Inhabern bevorzugter Stellungen im kapitalistischen Geschäftsdschungel auf Kosten der großen Volksmehrheit sein konnte. Nicht einmal die dringendsten sozialen Reformen wurden ernsthaft an die Hand genommen; statt der 450 000 Wohnungen, die nach dem Monnetplan alljährlich erstellt werden müßten, um der schlimmsten Not abzuhelfen, sind im Jahr 1950 nur 68 000 gebaut worden, und im laufenden Jahr werden es nicht viel mehr sein. Während sich die Gewinne der Unternehmer und Händler ständig vergrößerten, und auch die Bauern sich im ganzen recht gut erholen konnten, sank infolge der unaufhaltsamen Preissteigerung, der die Löhne nicht nachzukommen vermochten, die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten dauernd, bei gleichzeitig fortschreitender Vernichtung des Sparkapitals.

Natürlich gibt es auch in Frankreich Arbeiterkategorien, die sich recht gut stellen — zum Beispiel Maschinensetzer, Mechaniker, Eisenbahner der oberen Lohngruppen, Bergarbeiter —, aber die Großzahl der Lohnverdiener ist ganz bedenklich dran, namentlich die ungelernten Arbeiter und die Bauarbeiter aller Stufen, bei denen auch die Entwürdigung des Menschen im Arbeiter am ärgsten ist. Besonders empörend ist die Ausbeutung der Frauenarbeit, die in Frankreich weitherum betrieben wird. Und was die Kinder anbelangt, so schreibt ein Lehrer aus einer Pariser Vorstadtgemeinde dem «Esprit» (Nr. 7/8, 1951):

«Man erkennt die (Arbeiter-) Kinder an ihren schmutzigen, geflickten oder zerrissenen Kleidern, ihrem kränklichen, unterernährten Aussehen, ihrem groben Wesen und ihrer Gleichgültigkeit gegen alles, was nicht zu ihrem eigenen Leben gehört... Alle sind sie von Schwindsucht bedroht; 50 Prozent meiner Schüler leben in erschrekkenden Verhältnissen, zu fünft in einem Zimmer mit schlimmer Geschlechtermischung. Von den extremen Fällen, in denen man bis zu zwölf Menschen in einem Zimmer findet, rede ich gar nicht. Die Schule ist für diese Kinder eine vom Himmel gesandte Zuflucht, aber nach ein paar Jahren müssen sie an die Zukunft denken.»

Bezeichnenderweise stammen nur zwei Prozent der Hochschulstudenten aus Arbeiterfamilien. Nimmt es wunder, daß die französischen Arbeiter mit Sehnsucht nach Rußland schauen, wo begabten Arbeiter- und Bauernkindern der Aufstieg zu den höchsten Bildungsmöglichkeiten offen steht und die ganze menschliche und gesellschaftliche Lage der Arbeiter so gehoben ist, wie das der Stand der Gesamtwirtschaft überhaupt zuläßt?

Krisenhaft verschärft wird diese ganze Lage durch die *militärische Aufrüstung*, die sich Frankreich, das heißt seine herrschende Klasse, von Amerika hat diktieren lassen, als Gegenleistung für die Stützung der bestehenden Ordnung, die sie durch die Vereinigten Staaten immerzu erfährt. Die Militärausgaben figurieren im Staatsvoranschlag für 1951 offiziell mit 740 Milliarden Francs, was immerhin eine Erhöhung um 66 Prozent gegenüber 1950 bedeutet. Aber diese Zahl bleibt weit hinter den wirklichen Ausgaben zurück; allein schon der Krieg in Indochina verschlingt jeden Tag annähernd eine Milliarde Francs, und dazu kommen dann die hohen Nachtragskredite, die im Laufe dieses Jahres bewilligt wurden, und die das Budgetdefizit in geradezu astronomische Ausmaße hinaufsteigern. Für das nächste Jahr sind die Aussichten nicht besser, hat doch der Budgetminister Courant letzthin enthüllt, daß die Gesamtausgaben Frankreichs im Jahr 1952 mindestens 3500 Milliarden Francs betragen würden, was ein Defizit von etwa 1400 Milliarden Francs (rund 17 Milliarden Schweizer Franken!) bewirken müßte. Die französische Wirtschaft droht unter dem Druck dieser Lasten immer mehr aus dem Gleichgewicht zu kommen. Es mangelt vor allem an Rohstoffen (Kohle, Buntmetalle, Baumwolle usw.) und Halbfabrikaten (zum Beispiel Stahl); es mangelt aber auch an Dollars, um die notwendigen Einfuhren zu bezahlen, zumal soeben die amerikanische Bundesversammlung die Wirtschaftshilfe an das Ausland auf etwa die Hälfte des Betrages herabgesetzt hat, den die Regierung verlangt hatte. «Kein Wunder», so bemerkt der Pariser Mitarbeiter des «Volksrechts» (8. Oktober), «daß das hohe in Aussicht genommene Aufrüstungsprogramm praktisch auf ein großes Defizit der Handelsbilanz hinausläuft.» Wie die französische Volkswirtschaft dieses Defizit decken will, ist zurzeit noch ebenso rätselhaft wie die Deckung des chronischen und noch immer größer werdenden Defizits der Staatsrechnung. Sicher ist nur, daß die *Lebenshaltung* der überwiegenden Mehrzahl aller Franzosen durch die Kriegsrüstungen weiter heruntergedrückt werden wird. Gewiß, die Interessenten dieser «Verteidigungspolitik» haben jetzt goldene Zeiten. Aber das gewöhnliche, lohnverdienende, steuerzahlende Volk? Die Lebenskosten sind seit März um mehr als 20 Prozent gestiegen. Brot zum Beispiel kostet jetzt 50 Francs das Kilo gegen bisher 39 Francs; gleichzeitig wurden die Preise für Kohle, Gas und Elektrizität wesentlich erhöht, was sämtliche anderen Preise, eingeschlossen diejenigen der Verkehrstaxen, ebenfalls hinauftreiben muß. Wohl hat das Parlament auf Antrag der Regierung den

Mindestlohn, auf den ein Arbeiter Anspruch hat, um 15 Prozent erhöht; aber die 20 000 Francs, auf die bei normaler Arbeitszeit (45 Stunden wöchentlich) auch der schlechtestbezahlte Arbeiter im Monat kommen soll (nach unserem Geld etwa 250 Franken, bei eher höheren Preisen als den unsrigen), reichen lange nicht aus, um eine wenn auch kleine Familie vor Not zu schützen, so daß man sich immer wieder fragt, wie es der französische Lohnverdiener überhaupt fertigbringt, sich wirtschaftlich auch nur einigermaßen über Wasser zu halten. Ob die gleitende Lohnskala, also die automatische Anpassung der Löhne an die steigenden Preise, für die sich die Nationalversammlung vor ihrer Vertagung mit großer Mehrheit ausgesprochen hat, auch vom Senat angenommen werden wird, ist noch eine große Frage. Und auch *wenn* es der Fall sein sollte, so wäre das Problem, wie *neue* Preissteigerungen und *weitere* Drehungen der Preis-Lohn-Schraube aufgehalten werden können, noch lange nicht gelöst. Mit Überzeitarbeit, wie sie jetzt vielfach üblich geworden ist — die 60- oder 70-Stunden-Woche ist eine häufige Erscheinung —, ist jedenfalls nur vorübergehend geholfen.

Gegenmittel? Die *Gewerkschaften* stehen dieser ganzen Sachlage mehr oder weniger machtlos gegenüber. Wohl wehren sie sich immer wieder durch Streiks gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder. Gerade jetzt gärt es in der Metallarbeiterschaft der Pariser Gegend wieder recht stark, haben doch die Verhandlungen mit den Unternehmern über eine neue Lohnerhöhung bisher zu keinem Ergebnis geführt. Um die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2108) zu zitieren:

«Sowohl die im sozialistischen Fahrwasser schwimmenden Gewerkschaften (Force Ouvrière), wie auch die kommunistische Confédération Générale du Travail (CGT) bewarben sich um die Gunst der Metallarbeiter und ermutigen auch andere Forderungen, die bei verschiedenen Kategorien von Lohn- und Gehaltsempfängern laut werden. Die Kommunisten propagieren dabei den Gedanken einer ‚Aktionsgemeinschaft' und verraten die Tendenz, die unabhängige Gewerkschaftsbewegung aufzusaugen und zugleich der Sozialistischen Partei den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Force Ouvrière hat soeben eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie ein Bündnis mit den Kommunisten ablehnt, zugleich aber auf der Forderung nach der gleitenden Lohnskala beharrt und voraussagt, daß die Welle der Preissteigerungen nicht zum Stillstand kommen werde, so daß den Arbeitern mit einer momentanen Erleichterung nicht gedient sei.»

Das ist in der Tat der springende Punkt: Jede Lohnerhöhung, die die Arbeiter und Angestellten erkämpfen, mit oder ohne Streik, wird durch die unfehlbar darauffolgende Preissteigerung wieder wettgemacht, wenn nicht übertroffen.[2] Die französischen Gewerkschaften haben zwar seit Kriegsende ihre Mitgliederzahl in einem bisher nie erreichten Maß erhöhen können (von 4,5 Millionen im Jahr 1936 auf 6 Millionen heute)

[2] Eine bestimmte Fabrik, die ihre Löhne um 11 Prozent erhöhen mußte, durfte gleich darauf ihre Preise um 15 Prozent steigern.

und stellen auch im politischen Getriebe eine Macht dar, mit der gerechnet werden muß. Dennoch ist es ihnen nicht gelungen, das Lebensniveau der Arbeiterklasse auch nur auf der Höhe zu halten, die es vor dem Kriege gewonnen hatte. Immer wieder waren es die Besitzer und Beherrscher der großen Wirtschaftsmittel, die das mühsam und opfervoll Errungene fast mit einem Federstrich zunichte zu machen und ihren Anteil am Volkseinkommen nicht wenig zu erhöhen wußten. Ein Hauptmittel dazu war ihre Fähigkeit, die Preise für Güter und Dienstleistungen willkürlich zu steigern oder doch ihre Senkung, ja selbst ihre Stabilisierung zu verhindern, also eine *Inflation* zu erzeugen. War die vermehrte Ausgabe von Papiergeld, die bei gleichbleibendem Warenangebot zu Preissteigerungen führen mußte, zunächst ein Mittel überschuldeter Staatsverwaltungen gewesen, um sich neue Einnahmen ohne Steuererhöhung zu verschaffen, so benützen jetzt die Unternehmer, Händler und Bankleute den massiven Überschuß der Güternachfrage über das Angebot, wie er durch den Krieg und dann durch die Aufrüstung entstanden ist, planmäßig dazu, eine wirksame Preiskontrolle zu verhindern, durch entsprechende Handhabung der Währungs- und Kreditmaschinerie die Preise weiter zu steigern und so auf Kosten der Sparer wie besonders der Lohnbezüger ihre Gewinne zu vermehren. So ist es in erster Linie die Inflation gewesen, die alle Anstrengungen der Gewerkschaften zur Erhaltung oder gar Erhöhung der Kaufkraft der Löhne zunichte gemacht und die Umgestaltung der französischen Volkswirtschaft in der Richtung einer sozialistischen Planung verhindert hat.

Auch das Wirtschaftsgefüge Großbritanniens droht unter der Last der Kriegsrüstungen zusammenzubrechen. Allein die Voraussicht und Entschlossenheit der Labourregierung hat bisher immerhin soviel erreicht, daß durch energische Staatseingriffe das gemeinschaftswidrige Gewinnstreben einigermaßen gezügelt, die Geldentwertung eingedämmt, der Rohstoffmangel für die lebenswichtigen Wirtschaftszweige gemildert, Vollbeschäftigung erhalten und eine gewisse Mindestgerechtigkeit beim Tragen der Entbehrungen gesichert wurde. In Frankreich durfte der Eigennutz der Besitzenden alle ähnlichen Maßnahmen sabotieren. Im besonderen brachte er es zuwege, daß dank einem durch und durch unsozialen *Steuersystem* und einer geradezu grotesken Steuerhinterziehungspraxis eine Neuverteilung des Volkseinkommens und -vermögens, wie sie in England auf fiskalischem Wege vorgenommen wurde, nicht einmal in den Anfängen ernstlich versucht wurde. Die Landwirtschaft ist sozusagen überhaupt steuerfrei; andere Erwerbsgruppen genießen die verschiedenartigsten Erleichterungen, während zahlreiche große Steuerpflichtige sich mit Pauschalabkommen von ihrer Schuldigkeit gegenüber dem Staat loskaufen und der eigentliche Steuerbetrug dem Gemeinwesen schätzungsweise 500 bis 600 Milliarden Francs jährlich entzieht, so daß die Steuerlast im wesentlichen auf den mittleren und höheren Gehalts- und Lohnempfängern sowie auf den ganz großen Einkommen liegen

bleibt, die tatsächlich stark hergenommen werden — sofern ihre Bezüger redlich deklarieren. Der geringe Ertrag der direkten Steuern zwingt außerdem den Staat, sich in einem ungesund hohen Maße (zu etwa 60 Prozent) an die indirekten Steuern zu halten, die ungerechtesten von allen, da sie vor allem von den unbemittelten Volksschichten zu tragen sind, aber auch die schädlichsten, werden sie doch fast vollständig auf die Preise geschlagen, die wirtschaftlichen Reibungen und Störungen so immer aufs neue vermehrend.

Es paßt vollkommen zu dieser ganzen Sachlage, daß die «staatserhaltenden» Parteien die parlamentarische Opposition gegen ihre Klassenpolitik nach Möglichkeit unwirksam gemacht haben, indem sie, zu der Verdrängung der Kommunisten aus der Regierung und den höheren Verwaltungsstellen hinzu, mit ihrer jüngsten Wahlreform auch die kommunistische Vertretung in der Nationalversammlung künstlich vermindert haben. Kurz, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der regierenden Parteien, ebenso wie ihre übrige Innenpolitik, scheint den französischen Arbeitern geradezu einhämmern zu wollen, daß der Staat wirklich nur die politische Machtorganisation der besitzenden Klasse ist, und daß es kein Entrinnen vor dem unbarmherzigen Walten des bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsapparates gibt, es sei denn durch revolutionäre Gewaltanwendung und Aufrichtung der proletarischen Diktatur.[3]

Reformversuche Gibt es aber nicht dennoch Möglichkeiten, auf dem Weg sozialer Reformen in kleinem Maßstab die bestehenden Ordnungen allmählich von Grund auf umzugestalten? Es gibt solche «mikrorevolutionäre» Möglichkeiten, und sie sind auch auf vielfältige Art ergriffen worden. Aber wenn sie auch vielleicht die am meisten französische Form der Lösungsversuche für die soziale Frage darstellen, so haben sie bisher im ganzen doch wenig Erfolg gehabt. Wir zählen dazu die von fortschrittlich gesinnnten *Unternehmern* angestellten Experimente: Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten, Abstufung des Lohnes je nach dem Geschäftsumsatz, Arbeiteraktien, selbständig arbeitende Belegschaftsgruppen, Vermenschlichung der Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft und dergleichen. So erfreulich der Geist ist, der sich in solchen Bemühungen kundtut, so geringfügig ist die Zahl der Unternehmer, die überhaupt diesen Weg betreten haben; die ungeheure Mehrheit der französischen «Arbeitgeber» lehnt ihn ab oder bleibt gleichgültig dagegen. Nicht sehr viel größer ist

[3] Alexander Werth berichtet in «The Nation» (22. September) von französischen Kommunisten, die ihm gestanden, sie würden Labour stimmen, wenn sie in England lebten; in Frankreich hätten sie keine andere Möglichkeit, als mit den Kommunisten zu stimmen. Das erklärt, daß gerade die tätigsten und ihrer Klassenlage am stärksten bewußten Arbeiter Frankreichs Vorkämpfer eines revolutionären Umschwungs sind und über die schätzungsweise höchstens eine Million betragende Zahl aktiver Kommunisten hinaus weitere vier Millionen Franzosen bei sämtlichen Wahlen der letzten Jahre kommunistisch gestimmt haben.

die Auswirkung der Reformversuche, die von den Arbeitern selbst ausgegangen sind, besonders der *Produktivgenossenschaften* (deren Zahl sich gegenwärtig auf immerhin 720 mit rund 50 000 Arbeitern beläuft) und der *Gemeinschaftsbetriebe* nach dem Muster der wohlbekannten Boimondaufabrik in Valence, dem etwa sechzig weitere, meist kleine Arbeiterunternehmungen nacheifern. Liefern diese Arbeits- und Lebensgemeinschaften auch ohne Zweifel den Beweis, daß die Befreiung von kapitalistischen Geschäfts- und Denkmethoden möglich ist, so bleibt die Bewegung dennoch zu schwach, um als Anfang einer Überwindung des herrschenden Wirtschaftssystems im ganzen gelten zu können.

Ähnliches gilt von den *Konsumgenossenschaften*, zumindest in Frankreich, deren Bedeutung als Pflanzstätten einer demokratisierten Wirtschaft kaum zu überschätzen ist, deren Ausbreitung aber mit der Notwendigkeit einer *raschen* Sozialisierung nicht Schritt hält, noch ganz abgesehen von dem wenig sozialistischen Geist, der sich weithin in ihnen eingenistet hat. Auch die von Gesetzes wegen unternommene *Nationalisierung* ganzer Wirtschaftszweige hat nicht gehalten, was sie versprochen; wenn sie auch erlaubt hat, die Produktion ganz bedeutend zu erhöhen, und in diesem Sinn ihre Überlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft zu beweisen vermochte, so hat sich doch im inneren Verhältnis der Arbeiter zu «ihren» Unternehmungen kaum etwas geändert. Die daraus entsprungenen Streikbewegungen haben jedenfalls gezeigt, daß die Nationalisierungen, so wie sie praktisch vorgenommen wurden, ein psychologischer Mißerfolg waren, und die Interessenten der Privatwirtschaft haben natürlich nicht versäumt, aus diesem Versagen wie auch aus der angeblich unfriedigenden Rentabilität der verstaatlichten Unternehmungen kräftig Kapital zu schlagen. Nicht weniger enttäuschend war schließlich das Ergebnis jener anderen großen Reform, die nach Kriegsende mit der Einsetzung von *Betriebsräten* — in der Privatindustrie wie in den sozialisierten Wirtschaftszweigen — versucht wurde, und zwar nicht nur wegen des Widerstandes, den ihr die Unternehmer entgegensetzten, sondern vor allem wegen des Mißbrauchs, den die kommunistischen Gewerkschaften mit den Betriebsräten für politische Zwecke trieben, und wegen der Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Arbeiter, aus der neuen Einrichtung das herauszuholen, was nach der Absicht des Gesetzgebers aus ihr herauszuholen gewesen wäre.

Vierte Kraft! Was ist bei dieser Stockung allen sozialen und politischen Fortschritts — um nicht von einem eigentlichen Rückschritt zu reden — für die Zukunft Frankreichs zu erwarten? Man munkelt da und dort von einer Neubildung der ehemaligen Volksfront, also einer Koalition der Radikalen und Sozialdemokraten, vielleicht auch der linken Volksrepublikaner, mit den Kommunisten, zur Durchsetzung eines entschieden sozialfortschrittlichen Kurses. Aber abgesehen von der Versteinerung der sogenannten Radikalen ist die Kluft zwischen Kom-

munisten und Nicht- oder Antikommunisten so breit, daß ohne eine Wendung im Kalten Krieg zwischen Ost- und Westblock auch keine innerpolitische Wendung in Frankreich denkbar ist. Anderseits ist neuestens vom Wiedereintritt der Sozialisten in die Regierung die Rede. Allein die Bedingungen, welche die Sozialisten dafür nennen, scheinen vorderhand kaum erfüllbar zu sein. Insbesondere kommt die von ihnen geforderte Rückkehr zum früheren Stand der Dinge im Schulwesen überhaupt nicht mehr in Frage. Dank dem geschickten Manövrieren der Gaullisten (Rassemblement du Peuple Français, RPF), die durch ihre geschlossene Zustimmung zu der Loi Barangé den Ausfall der sozialistischen Stimmen mehr als wettgemacht haben, ist die parlamentarische Gruppierung, auf die sich die Regierung Pleven gestützt hatte, tatsächlich durch eine *neue Mehrheit* ersetzt worden, die zwar noch nicht gefestigt ist, aber doch große Aussicht hat, als «Vierte Kraft» an Stelle der «Dritten Kraft» zu treten, die bisher, schwächlich genug, zwischen Rechts- und Linksextremen eingeklemmt Frankreich zu regieren beanspruchte. Und das bedeutet nun zweierlei. Einmal: daß die *Abkehr* von dem in langen, historisch gewordenen Kämpfen geformten Grundsatz der *konfessionslosen, weltlichen Schule* eine vorerst nicht mehr rückgängig zu machende Tatsache ist. Nicht nur im freidenkerisch-antiklerikalen, sondern auch im protestantischen Frankreich wird diese Tatsache sehr ernst genommen. «So hat denn also», schreibt beispielsweise André Monnier in der «Cité Nouvelle» (27. September),

«der Vatikan die erste Runde der Partie gewonnen, die er in Frankreich angefangen hat, den Verfassungsbestimmungen zum Trotz. Die katholischen Schulen werden subventioniert werden. Die Mittel dafür werden durch eine Erhöhung der Produktionsabgabe aufgebracht werden, die alle Verbraucher zu zahlen haben. Die Ungerechtigkeit, über die sich die Katholiken beklagten, war nur Schein, da ihnen ja die Staatsschulen zur Verfügung standen. Aber sie werden sich zweifellos bequemer mit einer Ungerechtigkeit abfinden, die die Verfassung verletzt, indem sie die Nichtkatholiken mit den Subventionen für die Schulen belasten, welche die Römische Kirche verlangt. Wirklich, ein hübscher Erfolg in einem Land, das von Grund auf antiklerikal ist! ... Aber wenn das Volk schläft, so wird es doch bald erwachen. Und wir sagen unseren katholischen Freunden: Das Erwachen wird schrecklich sein.»

Nicht wenige Katholiken fühlen selbst und sprechen es auch klar aus, daß — und das ist die andere Bedeutung der Loi Bérange — ihr Erfolg in der Schulfrage teuer erkauft ist: mit einem weiteren scharfen *Ruck nach rechts*, der in der französischen Innenpolitik bevorsteht. Die neue Taktik der Gaullisten, die von ihrer Alles-oder-nichts-Politik zu einer kompromißlerischen Haltung, von einer grundsätzlichen, systematischen Opposition zu einer angeblich «aufbauenden» Opposition übergegangen sind, droht zu ihrer endgültigen — soweit eben in Frankreich überhaupt etwas endgültig ist — Einschaltung in die Regierungspolitik zu führen. Und das kann weitreichende Folgen haben. Das RPF ist eben keine Partei wie die anderen Parteien Frankreichs. «Es bleibt», wie Paul Fraisse im «Esprit» (Oktoberheft) bemerkt,

«von der Persönlichkeit seines Führers beherrscht, der sich als der kommende Wiederhersteller der Größe Frankreichs fühlt, und zwar eher im Sinn eines Monarchen oder eines Generals als in dem eines demokratischen Leaders. Er kann nicht Präsident einer Regierung sein, die von einer Parteienkoalition getragen wäre. Sein Streben geht offenkundig dahin, aus allen Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, Männer herauszuholen, die seine Person und seine Politik annehmen und mit keiner anderen Körperschaft mehr verbunden sein sollen. Diese Lösung wird sich nicht ohne eine schwere Krise durchsetzen, die nur internationalen Ursprungs sein kann: eine Verschärfung der Spannung zwischen den beiden Blöcken, die uns an den Rand des Bürgerkrieges führen würde. Der neue Aufruf, den de Gaulle 1947 in Straßburg erlassen hat, ist ganz genau mit dem Bruch zwischen den Alliierten zusammengefallen, und der Mann, der in sich eine geschichtliche Sendung spürt, redet und handelt denn auch ausgesprochen im Blick auf einen neuen kriegerischen Konflikt.»

Vom Kampfwillen der Arbeiterschaft Das sind bedrohliche Perspektiven. Und das Bedenklichste daran ist, daß die französische *Arbeiterschaft* zurzeit in hohem Grade denjenigen revolutionären Kampfwillen vermissen läßt, der sie an den Wendepunkten der Geschichte ihres Landes so oft erfüllt hat. Das französische Proletariat ist, wie Jean Marie Domenach im «Esprit» (Juli-August 1951) feststellt, von einer *großen Müdigkeit* erfaßt. Die Arbeiter haben das Gefühl, getäuscht worden zu sein. Vier große Streikwellen (Herbst 1947, Herbst 1948, Februar-März 1950, Februar-März 1951) sind im Sand verlaufen und haben das Los der Arbeiter nicht verbessert. Aus dem «Höllenkreis» von Lohnerhöhungen und Preissteigerungen ist nicht herauszukommen. Die Kaufkraft der Löhne geht eher zurück, als daß sie zunimmt. Auch politisch folgt seit der Befreiung eine Enttäuschung der anderen. Die Reaktion gewinnt andauernd an Boden. Staatsgewalt und Unternehmermacht verbünden sich, um jeden wirklichen Fortschritt der Arbeiterbewegung zunichte zu machen. Dazu die politische und dann auch die gewerkschaftliche Spaltung der Arbeiterfront — alles trägt dazu bei, Lähmung, Gleichgültigkeit und Unglauben in der proletarischen Welt zu verbreiten. Der Rückgang der Auflage auch der kommunistischen Presse — die sozialistischen Blätter sind schon lange schwindsüchtig — ist nur *ein* Zeichen für die Verflüchtigung der überschwenglichen Hoffnungen auf eine Neugestaltung aller Dinge, die bei Kriegsende das französische Volk bis tief in seine mittelständischen und sogar «oberen» Schichten bewegt hatte.

Und doch glaubt Domenach in seiner aufschlußreichen Studie über den Kampfwillen der französischen Arbeiterschaft auch Zeichen eines *Neuerwachens* feststellen zu können. Die Bewegung auf eine Wiedervereinigung der getrennten Gewerkschaften hin gewinnt sichtbar an Kraft. In der kommunistisch geleiteten Confédération Générale du Travail steigt eine neue Schicht von Kämpfern auf, die «weniger bürokratisch, geschmeidiger, achtsamer gegenüber den Regungen von unten her» sind. Die Sache der Arbeiter gewinnt neue Freunde im gewerblichen Mittelstand und bei den ernsten Christen. Die Geschichten über den

«unsichtbaren Dirigenten» der sozialen Unruhen finden weniger Glauben als früher; kurz: «die Arbeiterklasse ist weniger isoliert als noch vor drei Jahren, und sie ist sich dessen bewußt.» Gewiß, die Folgen der Lähmung sind noch lange nicht überwunden; die Confédération Générale du Travail, die seit der Gewerkschaftsspaltung etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hat, holt nur langsam wieder auf, und in den Renaultwerken zum Beispiel, die wiederholt den Anstoß zu großen Streikbewegungen gegeben haben, ist von den 40 000 Arbeitern und Angestellten immer noch erst ein Viertel organisiert. Aber schon erlebt man wieder spontane Kundgebungen entschlossenen Kampfwillens eines Proletariats, das sich furchtlos den Gewehren entgegenwirft; «in Clermont-Ferrand, in Marseille, in Brest oder Lyon hat man Zornesausbrüche, die ganz nahe an eigentliche Aufstandsleidenschaften heranreichten, erlebt, wobei Frauen und Jugendliche sich in die erste Reihe drängten, um die Polizeisperren zu sprengen».

So scheint sich vorab innerhalb der Gewerkschaften, aber auch schon in den politischen Formationen ein neuer Kampfgeist zu entwickeln, der seine Ziele klar ins Auge faßt und sich mehr und mehr auch den entmutigten oder gleichgültigen Arbeiterschichten mitteilt. Und man hat allen Grund anzunehmen, daß eine nächste Erhebung der französischen Arbeiterschaft nicht bei bloßen Teilreformen und Kleinversuchen stehen bleibt, sondern diesmal *aufs Ganze gehen* wird. «Ist es», so fragt Professor Lasserre in dem früher erwähnten Aufsatz, «nicht zu spät für all diese aufbauenden Bemühungen, für dieses ganze Experimentieren mit Strukturverbesserungen, für diese gesunde und normale Entwicklung auf eine neue Gesellschaft hin? Ist das alles nicht überholt und überlebt infolge der Verschlimmerung der sozialen und internationalen Lage, infolge des dringenden und tragischen Charakters, den das Problem annimmt?» Und er antwortet selbst, indem er die Erwartung ausspricht, daß die französische Arbeiterklasse, aus dem Scheitern aller bisherigen Versuche zur Reformierung der herrrschenden Ordnungen die Lehre ziehend, bei der nächsten Gelegenheit darauf ausgehen wird, die politische Macht fest in ihre Hände zu bekommen. «Die soziale Ungerechtigkeit», so sagt er, «ist so groß, daß man die Lage als moralisch revolutionär ansehen muß. Sie kann es von einem Augenblick auf den andern auch sozial und politisch werden. Die Entmutigung und Angewidertheit der Arbeiterklasse steht im Begriff, sich in Erbitterung zu verwandeln. Die nächste soziale Krise wird darum wahrscheinlich einen Charakter annehmen und Folgen haben, die viel ernster sein werden als die Krisen von 1936 und 1945. Sie wird die Möglichkeit eröffnen, zur Aufrichtung einer ‚Volksdemokratie' zu führen.»

Und die Christen! Georges Lasserre, der, wie man weiß, einer der ersten Vertrauensmänner der Bewegung des «sozialen Christentums» in Frankreich ist, faßt ohne Zaudern die Hal-

tung ins Auge, welche die Christen angesichts dieser Perspektive einnehmen müssen. Und wir wollen seine Meinung hier ausführlicher wiedergeben, eine Meinung, die in allem Wesentlichen durchaus auch diejenige des Schreibenden ist. Er sagt also:

«Eine Vorbemerkung ist nötig: Nicht *wir* haben die Wahl zwischen Kommunismus und Reformismus. Wir würden wahrscheinlich fast alle stufenweis fortschreitende Lösungen vorziehen, die ohne Gewalt und ohne Diktatur verwirklicht werden könnten. Das französische Bürgertum und der Mittelstand sind es vielmehr, die den revolutionären Ausweg immer weniger vermeidbar machen, weil sie jede Möglichkeit eines sozialen Fortschrittes aufhalten und versperren. Sie sind es, die das Sicherheitsventil geschlossen haben und für die Explosion des Kessels verantwortlich sein werden . . .[4]

Der Antikommunismus ist unfruchtbar und erfolglos. Wenn zurzeit viele Arme, viele Arbeiter zum Kommunismus übergehen, so hat das seine tiefen Gründe. Diese Gründe muß man verstehen und sich den Kern von Wahrheit zu eigen machen, der in dieser Haltung beschlossen ist. Ganz allgemein haben wir unsere Kenntnis des Marxismus zu verbessern. Aber die Tatsache bleibt, daß das Problem, das sich so den Christen stellt, eines der schwersten ist, das ihnen die Geschichte je gestellt hat.

Im Sinne nicht von strengen Grundsätzen oder starren Regeln, sondern von bloßen Wegweisungen könnten wir die folgenden drei Punkte aufstellen:

a) *Positive Haltung* gegenüber der *Revolution*. Normalerweise scheint der Christ mit den Endzielen des Marxismus einverstanden sein zu müssen: Aufrichtung einer Gemeinwirtschaft und Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen, wobei diese Ziele übrigens in christlicher Sicht nicht Selbstzweck sind, sondern nur Mittel zum Zweck der Versöhnung und der Brüderschaft unter den Menschen und der Entfaltung der Persönlichkeit. Es ist nötig, den Kapitalismus abzuschaffen, das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln zu begründen und durch umfassende Planung die Wirtschaft auf Ordnung und Fortschritt hin auszurichten. Man wird also loyal mit der Revolution zusammenarbeiten müssen, soweit sie jene Wandlungen vollzieht, deren Notwendigkeit wir längst begriffen haben.

---

[4] Die Verantwortlichkeit des Bürgertums für die Gewaltmethoden des Kommunismus stellte auch Aneurin Bevan, der Führer der (sehr gemäßigten) Opposition innerhalb der Labourpartei, an deren jüngstem Parteitag klar. Nach dem Bericht des «Manchester Guardian» (3. Oktober) «erinnerte er die Welt daran, daß die Russische Revolution von 1917 von der britischen Arbeiterschaft als Befreiung ihrer Arbeitsbrüder in Rußland von ‚jahrhundertelanger Tyrannei und Bedrückung' begrüßt worden sei. Was habe die Russische Revolution in eine neue Tyrannei verwandelt? Nun — das Eingreifen Churchills, der Londoner Geschäftswelt ‚und der übrigen kapitalistischen Welt'. Nicht die ‚Bösartigkeit' Stalins habe die Russische Revolution auf ein falsches Geleise gebracht, sondern die Handlungsweise von Churchill und Kompagnie.»

b) *Widerstandshaltung* gegenüber dem *Totalismus*. Denn der Christ lehnt die Methoden des Leninismus ab, soweit dieser meint, eine gerechte und brüderliche Gesellschaft befördern zu können unter Anwendung von Unredlichkeit, Verleumdung, Haß, Polizeidiktatur und Terror. Gegenüber der Anwendung solcher Mittel scheint der Widerstand aus Gewissensgründen die normale Haltung des Christen zu sein. Dieser sieht im übrigen die Wirkungslosigkeit von Methoden voraus, die, weil ihrer Natur nach im Gegensatz zu den erstrebten Zielen stehend, eher von ihnen weg als zu ihnen hin führen.

c) *Zeugnishaltung*. Es wird darauf ankommen, der Revolution die Ergänzung zu bringen, die sie früher oder später braucht und die sie im Christentum finden kann. Zurzeit sind die Marxisten stärker als die Christen, weil sie geschichtlichen Sinn und eine Geschichtsauffassung haben, die den an individualistisches oder kirchliches Denken gewöhnten Christen meistens abgeht. *Sie* sind es deshalb, die am meisten Aussicht haben, die Welt von morgen zu erbauen. Aber sie haben keine ebenso richtige Vorstellung von der Natur des Menschen. Sie verkennen die Tatsache, einerseits, daß das Böse seinen Ursprung im Menschen hat, und anderseits, daß der Mensch durch die Gnade umgewandelt werden kann.

Es ist darum leicht vorauszusehen, daß das totalitäre Gemeinschaftssystem, dem sie uns entgegenführen, nicht hinreicht, Harmonie, Brüderlichkeit und die Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen zu bewirken. Die Polizeidiktatur scheint sogar zu einer noch ärgeren Selbstentfremdung des Menschen zu führen, als sie die Geschichte jemals gekannt hat. Es wird deshalb ein Augenblick kommen, da die Revolution, bei Strafe des Scheiterns mit Bezug auf ihre eigenen Ziele, in ihrem scheinbaren Triumph das Christentum brauchen wird. Die Rolle der Christen wird dann nicht die Zertrümmerung des Werkes der Revolution sein, sondern ihre Vollendung in ihren besten Bestrebungen. Wenn das Christentum gereinigt, echt und wirksam genug ist, wird das letzte Wort ihm gehören.»

Internationaler Ausblick Kehren wir aber noch einmal zur Haltung der nichtchristlichen Arbeiterschaft Frankreichs zurück. *Wenn* es zu ihrer gewaltrevolutionären Erhebung gegen das alte Regime kommen sollte, so wird es wahrscheinlich im Zusammenhang mit einer schweren *internationalen* Krise sein. Denn auf internationalem Boden streut ja die herrschende Klasse Frankreichs eine böse Saat aus. Ihre *Rüstungspolitik* vor allem, die so schwer auf der Wirtschaft des Landes lastet, ist Ausfluß einer ebenso selbstsüchtigen wie kurzsichtigen Klassenpolitik. Wie die «Cahiers Internationaux» (Nr. 26, 1951) schreiben:

«Die gegenwärtige Steigerung der Militärausgaben ist nur das Ergebnis der Politik, die unsere Regierenden seit vier Jahren betreiben, seit sie mit dem Marshallplan Frankreich unter die Botmäßigkeit des amerikanischen Imperialismus gebracht haben.

Und diese Botmäßigmachung ist nur möglich gewesen, weil im Zustande der Zersetzung des französischen Regimes und angesichts des Aufsteigens des Sozialismus über die Welt hin das sogenannte ‚französische' Großkapital, das bereits ‚Hitler der Volksfront vorgezogen' hatte, keine andere Rettungsplanke mehr gesehen hat, als eine Gefolgsmannenstellung gegenüber seinem amerikanischen Oberherrn. ... Was man 1918 bis 1921 und 1938 bis 1940 nicht hatte zum Erfolg führen können, das hoffte man diesmal zu erreichen.»

Das ist etwas grob gezeichnet, aber im Wesen wahr. Erinnern wir uns daran, daß ein so besonnener und maßvoller Beurteiler der Politik seines Landes wie Claude Bourdet schon vor bald einem Jahr — und seither ist es keineswegs anders geworden — feststellte: «Nur die Reichen und Konservativen sind wirklich mit der gegenwärtigen Außenpolitik Frankreichs einverstanden.» («The Nation», 16. Dezember 1950.) Und wenn «Esprit» (Mai 1951) recht hat, dann ist selbst in den regierenden Kreisen und innerhalb der Regierungsparteien die Sympathie mit der amerikanischen Orientierung der französischen Außenpolitik nicht groß. «Es gibt», so glaubt J.-M. Domenach, «in der Nationalversammlung eine Mehrheit gegen die deutsche Wiederaufrüstung, gegen die blinde Nachläuferei unserer Diplomatie, gegen die Irrtümer und die Verbrechen des Kolonialismus, aber diese Mehrheit bleibt im geheimsten Herzen verborgen ... Man hat sich so sehr daran gewöhnt, das politische Leben in eine Domäne der Lüge — diejenige der Reden und Handlungen — und eine Domäne der Offenheit — diejenige der vertraulichen Aussprache mit nahen Freunden und der Erklärungen im engen Kreise — zu trennen, daß ganz natürlicherweise das Gerücht in gut unterrichteten Kreisen umlief, Präsident Auriol werde auf seiner Amerikareise offiziell sagen, was man den Amerikanern sagen müsse, ‚um ihnen zu Gefallen zu sein', während er ernste Worte und Warnungen für die Privatunterhaltung aufspare, die er mit Präsident Truman haben werde ... Das Übel ist ärger als die bloße klassische Doppelzüngigkeit des gerissenen Politikers. Es enthüllt die fortschreitende Verderbnis einer Politik, die sich infolge ihrer Unfähigkeit und ihres Versagens der amerikanischen Leitung so weit ausgeliefert hat, daß sie sich nicht mehr davon losmachen oder ihr auch nur im geringsten entgegentreten kann, es sei denn mit einer Anstrengung, die ihr übermenschlich vorkommt.»

Es scheint nun zwar, als sei, nicht zuletzt im Gefolge der Konferenzen von Washington und Ottawa, die Ernüchterung und Enttäuschung in den regierenden Kreisen allmählich doch so groß geworden, daß sie auch in der Führung der offiziellen Außenpolitik irgendwie Ausdruck finden müsse. Man fühlt sich mehr und mehr solidarisch mit England, das unter der Rüstungslast kaum weniger seufzt als Frankreich und unverhohlen nach Möglichkeiten ausschaut, seine Abhängigkeit von Amerika zu lokkern. Aber es braucht bei den bevorstehenden Unterhauswahlen nur die Konservative Partei zu gewinnen und Churchill wieder ans Ruder zu kommen, damit sozusagen automatisch die schwankende Regierung des rechten Zentrums stürzt und einem offen reaktionär-diktatorischen Re-

gime Platz macht, vielleicht unter der Führung des alten Paul Reynaud, der sich mit Churchill, Truman und Eisenhower ausgezeichnet verstünde. Bereits hat General de Lattre, der «französische MacArthur», wie ihn eine amerikanische Zeitschrift nannte, mit Washington eine neue Politik für *Indochina* vereinbart, das, nötigenfalls als zweites Korea, also durch militärisches Eingreifen der Vereinten Nationen, vor dem Kommunismus gerettet, wenn möglich aber durch einfache amerikanische Waffen- und Geldhilfe in sechs Monaten wieder zur Botmäßigkeit gebracht werden soll. Ob dieser Aussicht scheint es den Pleven, Schuman und René Mayer doch etwas schwül zu werden; aber wer A sagt, muß auch B sagen, und daß die Logik der Dinge auf eine enge «Zusammenarbeit» Frankreichs mit Amerika auch in Indochina drängt, das kann kaum zweifelhaft sein.

Die deutsche Drohung Ähnlich steht es mit der *Wiederaufrüstung Westdeutschlands*. Die energische Beschleunigung der Remilitarisierung der Bonner Republik, die an der Washingtoner Konferenz beschlossen wurde, hat den meisten Franzosen doch einen Stoß in die Herzgegend versetzt. «Im knappen Zeitraum der nächsten drei Monate», so stellte der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» am 16. September fest,

«soll sich der Pleven-Plan, von dem man bisher eher annahm, daß er in den Wolken schwebe, in ein mit Brief und Siegel verbürgtes Vertragswerk verwandeln. Mit andern Worten: Es wird, abgesehen von einem für den Schutz der überseeischen Gebiete verbleibenden Restbestand, keine französische Armee mehr geben. Die tausendjährige, im Schulunterricht und in der Literatur reichlich gepflegte Tradition des französischen Kriegsromans geht zu Ende. Der psychologische Schock, der von dieser Neuigkeit ausgeht, wird durch eine Reihe von weiteren Nachrichten verstärkt. Es wird keine französische Uniform mehr geben, sondern eine einheitliche Montur der europäischen Truppen, kein französisches Armeeministerium, sondern einen internationalen Kommissar, darüber hinaus gemeinsame Stäbe und gemeinsame Offiziersschulen für den neuen Staatenverein. Ob im militärischen Bereich der Nationalflagge, der Tricolore, noch eine Existenzberechtigung zukommt, wird einstweilen nicht gesagt.»

Allein es müßte schon fast ein Wunder geschehen, wenn das offizielle Frankreich nicht auch in der deutschen Frage endgültig auf die amerikanische Linie einschwenken würde. Mögen der besseren Form halber die französischen Vorbehalte gegenüber den deutschen Begehren einigermaßen Berücksichtigung finden: die Wiederaufstellung einer deutschen Nationalarmee, die die beherrschende Militärmacht des festländischen Mittel- und Westeuropas sein wird — zumal da England außerhalb der Plevenschen «Europaarmee» zu bleiben entschlossen ist —, wird unweigerlich zur Tatsache werden, wenn die Washingtoner Beschlüsse ausgeführt werden. Und was das für Frankreich bedeuten kann, das weiß man bis ins hinterste bretonische Dorf hinein, den Beschwichtigungsreden de Gaulles zum Trotz, in denen er, wie unlängst an einem Bankett der englisch-amerikanischen Pressevereinigung in Paris, versichert, nur auf einer deutsch-französischen Verständigung könne «die Einheit des noch

freien Europa aufgebaut werden», und Frankreich habe keinerlei Grund zur Beunruhigung, wenn die «gleichberechtigte und autonome Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung des Westens» gesichert werde.

Wenn aber Frankreich nicht beunruhigt sein sollte — *Rußland* ist es ganz bestimmt. «Die Aufstellung westdeutscher Truppen», so liest man wiederum in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2217),

«droht das Kräftegleichgewicht in Europa in entscheidendem Maße zum Nachteil der Sowjetunion zu verändern. Sie würde nicht nur das Verteidigungssystem unter der Leitung General Eisenhowers stärken, sondern darüber hinaus weitreichende *politische Auswirkungen* haben. Bonn würde seine Forderung nach der Befreiung der Ostzone und seinen Anspruch auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie mit unvergleichlich stärkerem Nachdruck vertreten können. Der *deutsche Revisionismus* im Besitze militärischer Machtmittel würde starken Auftrieb erhalten. Wie die Situation sich heute darbietet, hat freilich der Kreml nur die Wahl zwischen zwei Übeln: entweder nimmt er den westdeutschen Wehrbeitrag hin mit allen sich daraus ergebenden Folgen, oder er sucht ihn dadurch zu verhindern, daß er als Gegenleistung die Preisgabe der Deutschen Demokratischen Republik anbietet. In beiden Fällen muß er eine Schwächung seiner Position befürchten, vor allem im Hinblick auf Polen und die Tschechoslowakei, die sich seit geraumer Zeit bereits von dem Wiederaufstieg Deutschlands bedroht fühlen.»

Rußland hat anscheinend das zweite Übel gewählt: durch den Mund Grotewohls, des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, hat es der Deutschen Bundesrepublik jenes vielumstrittene Angebot machen lassen, das darauf abzielt, auf Grund gesamtdeutscher Wahlen eine Einigung Deutschlands in der Weise herzustellen, daß Deutschland entwaffnet und außerhalb jeder Mächtegruppierung bliebe, also auch nicht als Rammbock gegen den Ostblock verwendet werden könnte. Die sogenannte freie Welt hat dieses Angebot selbstverständlich wieder als ein höchst tadelnswertes, ja bösartiges und hinterlistiges Manöver des Kremls hingestellt, dazu bestimmt, durch Verhinderung der westdeutschen Aufrüstung eine Eingliederung ganz Deutschlands in den Ostblock, wenn nicht einen sowjetischen Angriffskrieg gegen Westeuropa vorzubereiten. Allein, es ist fast mit Händen zu greifen (und die vorhin angeführte Stelle aus der «Neuen Zürcher Zeitung» bestätigt es), daß Rußland umgekehrt einen *westmächtlich-deutschen* Angriff oder zumindest eine derartige Verstärkung des militärisch-politischen Druckes auf die Sowjetunion fürchtet, daß ihm keine andere Wahl bliebe, als unter verzweifelt widrigen Umständen einen Krieg anzunehmen, wenn es nicht die Auslieferung Ostdeutschlands, Polens, Ungarns usw. an die kapitalistisch-faschistische Reaktion zugestehen wolle. Wenn also von einem Manöver gesprochen werden will, das sich um den Grotewohl-Plan herum entfalte, so kann das nur in dem Sinn sein, daß die Bonner Regierung und die Westmächte den Schein zu erwecken suchen, als wollten sie auf das Angebot des ostdeutschen Ministerpräsidenten ernsthaft eintreten, daß sie aber in Wirklichkeit entschlossen sind, unter allen Umständen die Militarisierung Westdeutschlands durchzuführen und keine Neutralisierung eines geeinigten Deutschlands zuzulassen, sondern

nur gesamtdeutsche Wahlen für sich allein, die natürlich eine erdrükkende Mehrheit der «demokratischen», das heißt westlich ausgerichteten Parteien ergeben würden.

Auch das offizielle Frankreich beteiligt sich eifrig an diesem Manöver. Ob auch das französische *Volk* dahinter steht, ist eine andere Frage. Oder nein — es ist keine Frage: die Mehrheit der Franzosen ist *gegen* eine Wiederaufrüstung Deutschlands, von der sie nicht nur eine militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Mittel- und Westeuropa fürchten, sondern auch die Hineinzerrung Frankreichs in einen deutschen Revanchekrieg gegen den Ostblock. Und vor einem neuen Kriege graut es den Franzosen nun eben einfach im höchsten Maß. Die Bewegung für eine *neutrale* Haltung Frankreichs im West-Ost-Konflikt hat hier ihren Ursprung. Und wenn auch bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung die neutralistischen Kandidaten sämtlich mit Glanz unterlegen sind, so heißt das wirklich nicht, daß der Gedanke des Nichtmitmachens in einem dritten Weltkrieg im französischen Volke nur schwach verbreitet sei; allein schon die Tatsache, daß die kommunistische Partei, die gerade dieses Nichtmitmachen zum Grundsatz erhoben hat, nach wie vor einen Viertel der Wählerschaft um sich schart, schließt eine derartige Möglichkeit aus. Aber das ist schon richtig: der Wille zum Widerstand gegen jede Beteiligung Frankreichs an einem neuen Krieg muß viel offenkundiger und eindeutiger zum Ausdruck kommen; er darf nicht das Monopol einer einzelnen Partei und einiger isolierter Gruppen christlich-pazifistischer oder sozialistischer Prägung sein, muß vielmehr *Volkssache,* bewegende Kraft der außenpolitischen Haltung *aller* Franzosen oder doch ihrer großen Mehrzahl werden. Dann wird es keiner französischen Regierung mehr möglich sein, auf der amerikanisch-antisowjetischen Linie ihr Volk in eine neue internationale Katastrophe hineinzustoßen. Dann wird man sich auch in Amerika zweimal besinnen, bevor man seine Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion bis zu dem Punkte fortsetzt, da es wirklich nur mehr Biegen oder Brechen heißt. Und dann wird Frankreich wieder einmal der Menschheit in einem entscheidenden Augenblick ihrer Geschichte einen Dienst geleistet haben, der ihm selbst unvergängliche Ehre und echte Größe eintragen wird.

15. Oktober. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNG

Atombombenversuche im Pazifik

David Bradley: «Atombombenversuche im Pazifik.» Diana Verlag Zürich.

«So sollt ihr hören von Taten, fleischlich, blutig, unnatürlich, zufälligen Gerichten, blindem Mord, von Toden, durch Gewalt und List bewirkt, und Plänen, die verfehlt zurückgefallen auf der Erfinder Haupt.» (Horatio in «Hamlet», 5. Akt, 2. Auftritt.)